

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 03 86 848 ppbn d

Inhalt

Dietmar Franzke MdL: Mit Spannung warten Historiker auf eine Entscheidung der Bayerischen Staatskanzlei.
Seite 1

Peter Paterna MdB, Obmann der Sozialdemokraten für das Post- und Fernmeldewesen, wirft Minister Schwarz-Schilling vor, mit windigen Zahlen zu operieren.
Seite 3

Uwe Jens MdB, Obmann der Sozialdemokraten im Wirtschaftsausschuß des Bundestages, kritisiert den Planungsausschuß der Gemeinschaftsaufgabe regionale Strukturpolitik,
Seite 4

Doris Odendahl MdB bezeichnet das Lehrstellen-Sonderprogramm der Regierung als Tropfen auf den heißen Stein.
Seite 5

38. Jahrgang / 199

17. Oktober 1983

Läßt Strauß einen Blick in die Geheimprotokolle zu?

Vor einer Wende in der Diskussion um die Rolle Bayerns bei der Grundgesetz-Verabschiedung

Von Dietmar Franzke MdL

Staatsregierung und CSU-Landtagsmehrheit votierten 1949 bekanntlich gegen das Grundgesetz, weil, so damals die Hauptbegründung, die Stellung der Länder in diesem zu schwach wäre. Nachdenkliche Historiker zweifelten schon immer, ob das die ganze Wahrheit ist. Zum Beispiel, ob das Nein nicht doch - entgegen den damaligen CSU-Beteuerungen, grundsätzlich wolle man die Zugehörigkeit Bayerns zur Bundesrepublik - eine separatistische Hintertür darstellte. Nicht völlig geklärt ist bis heute die Rolle, die damals im Kabinett der Wortführer der Separatisten, der Kultusminister und CSU-Fraktionsvorsitzende Alois Hundhammer spielte. Aufschluß über diese und andere Fragen, generell über die Rolle Bayerns beim Entstehen der Bundesrepublik, erhoffen sich die Historiker von den geheimen Protokollen der damaligen Ministerratssitzungen. Bislang sträubte sich die Staatsregierung, diese geheimen Sitzungsniederschriften für die wissenschaftliche Auswertung freizugeben. Nunmehr scheint sich jedoch eine Wende anzubahnen.

Ausgangspunkt ist: Ich hatte den von Historikern an mich herangetragenen Wunsch nach Einsicht in diese Protokolle in einer Schriftlichen Landtagsanfrage aufgegriffen. Dabei ist die international weithin übliche 30-Jahresfrist zu beachten. Die Bonner Regierung etwa hat 1979 die Freigabe von mehr als 30 Jahre alten Sitzungsniederschriften beschlossen. Inzwischen ist der erste Band für das Jahr 1949 erschienen und fand bei den Historikern große Resonanz. Beispielsweise ist hier detailliert dokumentiert, wie autoritär Adenauer im Kabinett auftrat und wie er etwa Ludwig Erhard niedermachte.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

Vertriebspartner
aus dem Verlag
Bertelsmann



In der jetzt vorliegenden Antwort auf meine Anfrage stellt Ministerpräsident Strauß zunächst längere Ausführungen über die Notwendigkeit der Geheimhaltung von Kabinettsberatungen voran (die teilweise als aktuelle Bezugnahme verstanden werden können, siehe der Streit Stoiber - "Merkur"): "Eine Einsichtnahme in die Niederschriften der Ministerratsitzungen ist nach der geltenden Rechtslage aufgrund des Paragraph 11 der Geschäftsordnung der Staatsregierung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1979 (Bayerischer Staatsanzeiger Nr. 9 vom 2. März 1979) nicht zulässig. Nach dieser Vorschrift sind die Ministerratsitzungen streng vertraulich. Die Mitglieder der Staatsregierung und die sonstigen Teilnehmer an Ministerratsitzungen sind, auch nach Beendigung ihres Amtsverhältnisses, verpflichtet, über die Ministerratsitzungen, insbesondere auch über Ausführungen einzelner Teilnehmer und über die Abstimmung, Verschwiegenheit zu bewahren. Selbst Aussagen vor Gericht sind nur unter bestimmten Voraussetzungen zulässig."

Dann allerdings lenkt Strauß ein: "Während seit einigen Jahren über die Ministerratsitzungen nur noch Ergebnisniederschriften gefertigt werden, die für die Geschichtsschreibung künftiger Generationen sicher nur begrenzten Erkenntniswert haben werden, wurden früher umfangreiche Niederschriften angefertigt. Ohne die Niederschriften im einzelnen bisher nachgelesen zu haben, stimme ich mit dem Fragesteller darin überein, daß diese Niederschriften für Historiker durchaus wertvolle Quellen sein können. Ich habe deshalb Auftrag gegeben, zu prüfen ob und unter welchen Voraussetzungen Niederschriften, die mehr als 30 Jahre alt sind, der wissenschaftlichen Auswertung zugänglich gemacht werden können. Über das Ergebnis der Prüfung werde ich Sie, sehr geehrter Herr Präsident, unterrichten."

Ich gehe aufgrund dieser Strauß-Formulierungen davon aus, daß die Protokolle in Bälde freigegeben werden. Allerdings erscheint ihm eine gewisse Skepsis über die Vollständigkeit der Freigabe angebracht, da Strauß von "Voraussetzungen" spricht. Es mag durchaus denkbar sein, daß bestimmte Dinge auch heute nicht veröffentlicht werden können - auch die Regelung der Bundesregierung von 1979 enthält einige Vorbehalte. Gewarnt muß aber davor werden, daß die CSU-Staatsregierung willkürlich die Texte aussucht und das unterschlägt, was die CSU in ungünstigem Licht erscheinen lassen könnte. Das käme einer Geschichtsklitterung durch die CSU gleich.

Beispielsweise wäre es sehr interessant, in den Protokollen nachzulesen, wie die CSU damals zur erstarkenden Bayernpartei stand, wie ihr Hundhammer-Schäffer-Flügel Querverbindungen zum BP-Vorsitzenden Baumgartner pflog, und wie schließlich die CSU die Bayernpartei mit Hilfe der Spielbankenaffäre fertigmachte. Für die bayerische Geschichtsschreibung wäre es natürlich auch von großem Wert, nachlesen zu können, wie sich in den einzelnen Phasen Wilhelm Hoegner verhielt, und wie Anfang der fünfziger Jahre die Große Koalition funktionierte.

Die Entscheidung darüber, was freigegeben wird, sollte nicht allein der Staatsregierung überlassen werden, sondern einer unabhängigen Instanz. Etwa ein Historiker-Kollegium sollte mitreden können, vor allem um die Stichhaltigkeit etwaiger Begründungen für eine weitere Geheimhaltung zu begutachten. (-/17.10.1983/ks/va)

+ + +



Schwarz-Schillings fernöstliche Märchen

Der Bundespostminister betreibt Volksverdummung

Von Peter Paterna MdB

Obmann für das Post- und Fernmeldewesen der SPD-Bundestagsfraktion

Ob die Volkswirtschaft, daß Reisen bildet, wirklich stimmt? Der Postminister, mal wieder auf Auslandstournee, diesmal in Japan, tönte in Bild am Sonntag schon in der Überschrift: "Die Mikroelektronik schafft Arbeitsplätze!"

Schwarz-Schilling nennt als Beispiel Bildschirmtext. Originalton: "Hier werden sehr viele neue Arbeitsplätze und sogar ganz neue Berufe entstehen. Zum Beispiel in den Bereichen Werbung, Handel, Versicherungen und natürlich auch dort, wo neue elektronische Geräte hergestellt werden. Unterm Strich wird ihre Zahl erheblich höher sein als die derjenigen Arbeitsplätze, die verschwinden werden."

Könnte Schwarz-Schilling wirklich nicht beobachten, wie die japanische Gesellschaft nur dadurch mit der Rationalisierungswirkung neuer Techniken fertig wird, indem sie sich einen ungeheuren Personalaufwand bei Dienstleistungen leistet? Wenn er wieder in Deutschland ist - wo er sich häufiger aufhalten sollte - könnte er folgende Zahlen zur Kenntnis nehmen:

Im Einzelhandel stieg der Umsatz von 1980 auf 81 auf 398 Milliarden DM, die Zahl der Beschäftigten sank gleichzeitig um 11.000. Bei den Banken stieg das Geschäftsvolumen von 1975 bis 1980 von 1.457 Milliarden DM auf 2.351 Milliarden DM, also um mehr als 50 Prozent. Bei den Versicherungen stiegen die Beitragseinnahmen von 53,3 Milliarden DM in 1976 auf 86 Milliarden DM in 1981, die Zahl der Beschäftigten stieg in diesem Zeitraum um ganze 3.000.

Bei Banken und Versicherungen fiel also das enorme Rationalisierungspotential neuer Techniken nur deshalb nicht auf, weil das Geschäftsvolumen bisher enorm stieg. Niemand rechnet damit, daß dies so weitergeht. Was dann? Wobei noch anzumerken ist, daß hier das übliche Arbeitgeberargument, der internationale Wettbewerb zwingt zur Senkung der Lohnkosten durch Rationalisierung, kaum zutrifft.

Was, so sollte man Schwarz-Schilling fragen, wird wohl auf dem Arbeitsmarkt erst passieren, wenn sich Mikroelektronik und Datenverarbeitung in anderen Büro- und Dienstleistungsberufen voll durchsetzen? Fachleute schätzen, daß die Arbeit, die heute auf zwölf Millionen solcher Arbeitsplätze in der Bundesrepublik erledigt werden, zu 20 bis 30 Prozent automatisierbar sind. Gefahr also für zusätzliche zwei bis drei Millionen Arbeitsplätze in der Bundesrepublik in den 80er Jahren. Dieser Größenordnung stehen insgesamt 350.000 Arbeitsplätze bei den Herstellern in Deutschland gegenüber, von der Unterhaltungselektronik über Fernmeldetechnik bis zu Büromaschinenherstellern.

Wenn der Postminister angesichts dieser Zahlen glaubt, neue Informations- und Kommunikationstechniken würden unterm Strich bei uns mehr Arbeitsplätze schaffen, grenzt das an Volksverdummung. Er wird sich bald etwas Neues einfallen lassen müssen - zum Beispiel neue Finanzierungssysteme für die soziale Sicherheit und drastische Arbeitszeitverkürzung - wenn ihm bei uns außer BamS noch einer glauben soll.

(-/17.10.1983/ks/va)

+ + +



Unfähiger Planungsausschuß

Eine zukunftsgerichtete Politik war nicht möglich

Von Dr. Uwe Jens MdB

Obmann des Bundestagsausschusses für Wirtschaft der SPD-Fraktion

Gegen Bayern und Baden-Württemberg hat der Planungsausschuß für die Gemeinschaftsaufgabe regionale Strukturpolitik eine Investitionszulage für die Arbeitsmarkt-Region Bremen von 8,75 Prozent beschlossen. Nur die Städte Bremen und Delmenhorst sollen eine Investitionszulage für Ersatzarbeitsplätze außerhalb des Schiffbaus und der Eisen- und Stahlindustrie von 15 Prozent als Förderungshöchstsatz bekommen. Entgegen dem Votum des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages - auch der CDU/CSU- und FDP-Abgeordneten - war man nicht bereit, 80 Millionen DM Haushaltsmittel des Bundes für die schwer bedrängte Region bis 1987 zur Gewährung von Investitionszuschüssen zur Verfügung zu stellen.

Im Planungsausschuß für regionale Strukturpolitik, zusammengesetzt aus dem Bund und allen Ländern, hat offenbar jedes Mitglied nur seine eigenen Interessen im Sinn. Dieses Institut ist nicht fähig, eine zukunftsgerichtete Politik zu betreiben. Für eine Übergangszeit wird man um Erhaltungssubventionen für Stahl und Werften nicht herumkommen. Nur, wer diese mittelfristig wirklich reduzieren will, hätte für die Region Bremen, die von Werft- und Stahlkrise schwer "gebeutelt" wird, für eine Frist von drei Jahren eine Investitionszulage für die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen von mindestens 25 Prozent einräumen sollen. So, wie jetzt beschlossen, ist der Kompromiß im Planungsausschuß nur als unbefriedigend, verhaftet in alten Denkschablonen und ohne jede Perspektive, zu bezeichnen. (-/17.10.1983/ks/va)

+ + +



Tropfen auf den heißen Stein

Das Lehrstellen-Sonderprogramm der Regierung reicht überhaupt nicht

Von Doris Odendahl MdB

Wann immer seit dem 6. März das Thema Ausbildungsplätze im Deutschen Bundestag angesprochen wurde, ist das Wahlversprechen des Bundeskanzlers "Für jeden ist eine Lehrstelle da" Zug um Zug zurückgenommen worden. Und wenn nun heute feststeht, daß über 50.000 Jugendliche bei allen Bemühungen der ausbildenden Wirtschaft und mit dieser Garantieverklärung des Bundeskanzlers keine Lehrstelle gefunden haben, so könnte sich diesen Betroffenen leicht der Vergleich aufdrängen, daß sie es hier mit einer "Gesellschaft mit beschränkter Haftung" zu tun haben.

Betroffen sind in besonderem Maße die Mädchen: Zwei Drittel der jetzt noch unversorgten Ausbildungsplatzbewerber sind Mädchen, obwohl der Anteil der Mädchen mit einem Haupt- und Realschulabschluß höher ist als der der Jungen. Auch bei den Jugendlichen, die in Not- und Auffangprogrammen untergebracht sind (und das sind einige Zehntausende) stellen die Mädchen den Hauptteil. Ganz abgesehen von denen, die nach erfolgloser Suche nach einem Ausbildungsplatz bereits resigniert haben und eine Meldung beim Arbeitsamt unterlassen. Somit muß man davon ausgehen, daß bei mindestens 50.000 bis 60.000 Mädchen das Wahlversprechen nicht eingelöst wird. Aber vielleicht haben die Bürger dieser Bundesrepublik und wir alle gar nicht gemerkt, daß ja diese Lehrstellengarantie des Bundeskanzlers "Für jeden ist eine Lehrstelle da" durchaus geschlechtsspezifisch abgefaßt war. Damit ließe sich auch erklären, warum die Bundesregierung sich erst heute zu einem "einmaligen" Sonderprogramm für Ausbildungsplatzbewerber durchgerungen hat und darin - man höre und staune - nun die Ausbildungsplatzförderung von Mädchen als vorrangig sieht.

Mit diesem einmaligen Sonderprogramm sollen 7.000 bis 8.000 Ausbildungsplätze geschaffen werden. Daß damit die Mädchen die Verlierer bleiben, insbesondere im Hinblick auf das Jahr 1984, liegt auf der Hand. Der Berufsbildungsbericht 1983 spricht eine deutliche Sprache: Nur rund 25 Prozent aller Ausbildungsplätze werden Männern und Frauen angeboten, dagegen mehr als 50 Prozent nur für Männer und 25 Prozent nur für Frauen. Die Ausbildungsplätze für Frauen liegen mit 85 Prozent vorwiegend im Dienstleistungsbereich. Die Ausbildungschancen für Frauen sind demnach zweifach eingeengt: quantitativ und qualitativ.

Die Bundesregierung ist durch ihre über viele Monate dauernde Untätigkeit dafür verantwortlich, daß diese Entwicklung weiter fortschreitet und sich dramatisch verschlechtert.



Auch bei der Bafög-Streichung sind Frauen die Hauptleidtragenden. Sie werden aus dem Vollzeitschulbereich auf den Ausbildungsmarkt gedrängt, um hier wiederum nur zweite Wahl zu sein. Die Summe der negativen Entwicklungen schlägt also bei den Frauen und Mädchen voll durch. Sie werden während ihres ganzen Berufslebens bis hin zu den späteren Auswirkungen bei der Alterssicherung im besonderen Maße benachteiligt.

Der Berufsbildungsbericht 1983 zeigt, daß es eine Reihe sinnvoller Maßnahmen gibt, um korrigierend einzugreifen. Die von der früheren Bundesregierung eingeführten Modellversuche für die Ausbildung von Frauen in gewerblich-technischen Berufen, haben sich als erfolgreich erwiesen. Verhängnisvoll für die Lage der Frauen im Ausbildungsbereich wäre es, nach dem bisherigen Rezept der neuen Koalition zu verfahren: nämlich nichts zu tun!

Die Jugendlichen, die bis heute noch immer auf das Einlösen der Lehrstellen-Garantie warten, können nicht weiterhin getröstet werden, daß ja irgendwann der versprochene wirtschaftliche Aufschwung kommt. Keiner dieser Jugendlichen wird verstehen können, wie sich die jetzt geplatzte Garantie des Bundeskanzlers damit vereinbaren läßt, daß ausgerechnet da, wo die Bundesregierung selbst verantwortlich ist, bei den Bundesbetrieben, Ausbildungsplätze abgebaut worden sind. Ganz abgesehen davon, daß man von den Ländern und Kommunen nur das fordern kann, was man selbst zu geben bereit ist. Bei dem vor einigen Monaten eingebrachten Antrag auf Wiederherstellung des Bafög hat die SPD mit großem Nachdruck auf die Auswirkungen des Wegfalls der Schülerausbildungsförderung hingewiesen. Es war vorauszusehen, daß mehr Jugendliche aus einkommensschwächeren Familien einen Ausbildungsplatz im dualen System suchen, und daß wegen der Umstellung des Studenten-Bafög auf Vollkredit immer mehr Abiturienten (und das sind wiederum vorwiegend Mädchen) vor dem Studium zurückschrecken und ebenfalls einen Ausbildungsplatz suchen. Dann kann man heute nicht so tun, als seien das ganz neue Erkenntnisse. Damit kann sich der Bundeskanzler und die Bundesregierung nicht aus der Verantwortung schleichen, daß sie trotz aller Warnungen über Monate hinweg nichts getan haben. Es zeichnet sich ab, daß auch für 1984 mit einer ähnlich schwierigen Situation gerechnet werden muß. Die SPD will verhindern, daß sich dann das gleiche Trauerspiel mit dem Hin- und Herschieben von Zahlen bis hin zur Diffamierung, die Jugendlichen würden Ausbildungsplätze hamstern, wiederholt. Die Bundesregierung muß endlich handeln! Ihr Sonderprogramm reicht dazu nicht aus - es ist ein Tropfen auf den heißen Stein!

(-/17.10.1983/ks/va)

+ + +

